

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen,

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Staniug in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zustellung unter Kreuzband M. 1.20. Anzeigen die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 15 A. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Brennerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Was Alles zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen soll. Der Anarchismus des bürgerlichen Klassenstaates. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Das Unternehmertum im Kampfe gegen die Sonntagstrübe. Unfallversicherung und ärztliche Wissenschaft. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Aus der Schweiz. Aus Oesterreich. — Situationsberichte. — Eingekandt. — Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilleton: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

Was Alles zur Bekämpfung der Sozialdemokratie dienen soll!

Schon wer weiß wie oft haben wir uns mit der Thatsache zu beschäftigen gehabt, daß bürgerliche Interessengruppen, um von Regierung und Gesetzgebung ihnen vortheilhafte Maßnahmen zu erlangen, betonten: dieselben seien notwendig, um dem Umsichgreifen der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Mit diesem Vorwande beschönigen und „rechtfertigen“ bekanntlich speziell unsere Hünkler ihre Forderungen nach Erwerbs-Privilegien; sie behaupten, wenn solche nicht gewährt würden, so solle man sich nicht wundern, daß der Handwerker immer unzufriedener werde und in's sozialdemokratische Lager übergehe. Diese Taktik ist zwar herzlich dumm, aber sie bleibt doch nicht ganz ohne Wirkung auf die „maßgebenden Kreise“, die ja auch von der Sozialistenfrucht beherscht sind.

Neuerdings wendet die im zünftlerischen Fahrwasser treibende ultramontane „Germania“ diese Taktik an zu Gunsten der Forderung: „Sicherstellung der Rechte der Bauhandwerker.“

Wie unsere Leser wissen, haben schon seit Jahren zahlreiche Petitionen an den Reichstag als notwendig betont, den bei Bauten beschäftigten Handwerker und Arbeiter wegen ihrer Forderungen für Arbeiten und Materialien größere Sicherheit zu gewähren, als sie ihnen nach dem gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung zusteht. Der Regel nach haftet ihnen nur der Besteller mit seinem Vermögen. Gehört letzteres zum Grundvermögen, und ist dieses mit Hypotheken belastet, so lehrt die Erfahrung, daß, wenn es zur Zwangsvollstreckung (Subhastation) kommt, der Erlös in den meisten Fällen kaum zur Deckung der Hypotheken ausreicht. Beim gegenwärtigen Stande der Gesetzgebung muß daher in den meisten Fällen das Grundvermögen des Bestellers als Mittel zur Befriedigung der Bauhandwerker außer Betracht bleiben, selbst dann, wenn das Grundstück durch die Errichtung des Hauses einen höheren, selbst vielfach höheren Werth erlangt hat. Ergiebt sich in einzelnen Fällen ein Kaufgeldüberschuß, und läßt sich auch nachweisen, daß dieser durch die Werthverböhung des Grundstücks infolge des Baues, d. i. durch die in demselben verwendeten Materialien und Arbeiten erzielt ist, und kommt es zum Konkurse, so dient der Ueberschuß nicht etwa zur vorzugsweisen Befriedigung der Bauhandwerker, sondern sie nehmen an demselben nur in Gemeinschaft mit sämtlichen übrigen persönlichen Gläubigern nach Verhältnis der Größe der Forderungen, also meist nur mit ganz geringen Prozenten ihrer Forderungen Theil.

Das sind bekannte Thatsachen, die wir schon öfter eingehend erörtert haben. Es ist garnicht zu bestreiten, daß seit Jahren der Bauhewindler systematisch eine Ausbeutung der Bauhandwerker betreibt, besonders in den großen Städten. Das geschieht z. B. dadurch, daß gewissenlose Kapitalisten oder Unternehmer einen vermögenslosen Mann willig machen, ein Baugrundstück zu erwerben, das Kaufgeld und die sog. Baugelber, letztere einschließlich eines wucherischen sog. Damno,

eintragen zu lassen, unter der Verpflichtung, einen bestimmt vorgeschriebenen Neubau auf dem Grundstück in bestimmter Frist ausführen zu lassen, auch wohl zu diesem Zwecke die großen Baumaterialien, wie Steine und Bauholz, von ihnen zu festgesetzten übermäßigen Preisen zu entnehmen. Die gebungenen Bauhandwerker erhalten anfänglich und beim Vorausschreiten des Baues einen Theil ihrer Forderungen bezahlt. Dann aber geräth der Bau in's Stocken; es kommt zur Subhastation oder es werden anderweitige unredliche Operationen mannigfachster Art, z. B. Schiebungen, vorgenommen, so daß die Handwerker, soweit sie nicht bereits befriedigt sind, sich nur noch an den bisherigen Bauherrn halten können, und da dieser vermögenslos ist, das leere Nachsehen haben. In Etwas wird diesen „Arbeitern“ durch die im vorigen Jahre Gesetz gewordenen Bestimmungen über den Wucher ein Nügel vorgeschoben, aber nur in den Fällen, in welchen der Bauherr selbst nicht unredlich gehandelt hat, nicht aber in den meist vorkommenden Fällen, daß er mit Jenen, den Kapitalisten oder Unternehmern, unter einer Decke gespielt hat. In letzteren Fällen diesen Personen mit den Strafbestimmungen über den Betrug zuzukommen, wird fast nie möglich sein. Reinenfalls wird dadurch den Bauhandwerkern zu ihrem Lohne verholpen.

Die „Germania“, nachdem sie sich mit diesen Mißständen beschäftigt, schreibt nun: „Man kann zwar sagen, die Leute hätten sich von vornherein besser vorsehen sollen. Wie die Sachen aber thatsächlich liegen, ist hierzu nur der kapitalkräftige Großhandwerker im Stande, welcher die Uebernahme von Arbeiten und Materialien von der Stellung von Sicherheiten abhängig machen kann, und welchen es nicht drückt, wenn er eine Bestellung mangels genügender Sicherheiten ablehnt. Bei der großen, immer mehr wachsenden Konkurrenz der kleineren Bauhandwerker dagegen ist es nicht zu verwundern, wenn diese ihnen angebotene Bestellungen ohne peinliche Voricht annehmen. Immerhin hat der Gesetzgeber mit den gegebenen Thatsachen zu rechnen. Erkennt er in gewissen Verhältnissen, wie dieselben im Laufe der Zeit sich entwickelt haben, Uebelstände, welche als soziale Mißstände sich herausstellen und zur Verschärfung der sozialen Schäden dienen, so muß er helfend eingreifen. Insbesondere muß er, wo die bestehende Gesetzgebung es ermöglicht, Treue und Glauben innerhalb der Grenzen der formalen Gesetze zu gefährden und das auf Grundlage der christlichen Moral beruhende Rechtsbewußtsein zu zerstören, helfend eingreifen.“

„Die Bauhandwerkerfrage hat sich in der That zu einem Stücke der sozialen Frage herausgebildet. Zahlreiche Personen sind es, welche unter dem bestehenden Rechtszustande leiden, um den Lohn für ihre Arbeit und ihre hauer erworbene Ersparnis gebracht und in Noth und Elend getrieben werden, zur Verelendung einzelner schlauer, gewissenloser Ausbeuter. Wenn sie demgegenüber fast rechtlos dastehen, so ist es nicht zu verwundern, wenn sie ihr Vertrauen zur bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung verlieren und den Verlockungen der auf Vernichtung der Staats- und Gesellschaftsordnung ausgehenden Agitatoren folgen. Sie liefern ein nicht unbeträchtliches Kontingent zu der rasch anwachsenden Sozialdemokratie. Es kann daher keinem Zweifel unterliegen, daß die Gesetzgebung in Bezug auf die Bauhandwerkerfrage dringend einer Abänderung bedarf.“

Wenn die „Germania“ meint, den „Trumpf“ ausgespielt zu haben, so irrt sie. Offenbar kommt es ihr

lebighlich darauf an, die Bauhandwerksmeister zu Freunden der ultramontanen Sache zu machen. Wir können zu ihrer „Beruhigung“ versichern, daß die Sozialdemokratie prinzipiell garnichts gegen den projektirten „Schutz“ einzuwenden hat. Aber sie ist ehrlich genug, offen als ihre feste Ueberzeugung auszusprechen, daß die projektirte Maßregel nicht die erhoffte Wirkung haben, nicht als Radikalmittel gegen den Bauhewindler gelten kann. Wer den Bauhandwerkern das Gegentheil versichert, der täuscht sie bewußt oder unbewußt, — aus Berechnung oder aus Dummheit. Der Bauhewindler hat seine Wurzel im Grund- und Bodenwucher, in der parasitischen Ausbeutung, welche die Besitzübermacht auf diesem Gebiete nicht nur an Einzelnen, sondern am ganzen Volke verübt. Da hat, wie die Sozialdemokratie fordert, die wirkliche Reform einzusetzen. Macht man heute durch Gesetz die eine Form des Bauhewindels unmöglich, so wird er sehr bald in eine andere sich hineinfinden. Die ultramontane Partei aber ist, wie jede andere bürgerliche Partei, weit davon entfernt, die Wurzel des Übels vernichten zu wollen — durch die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden. Sie quacksalbert nur an den „Auswüchsen“ herum, um ihre „Handwerkerfreundlichkeit“ zu beweisen und sich als Beschützerin der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gegenüber der Sozialdemokratie aufspielen zu können.

Doch das wirtschaftliche Verderben schreiet rastlos vor. Es ist nicht möglich, der kapitalistischen Ausbeutung durch Palliativmitteln der in Rede stehenden Art Einhalt zu gebieten. Wer ihre Grundlagen verteidigt, der hat kein moralisches Recht, über die Konsequenzen der Kapitalwirtschaft zu klagen. Und wenn Alles, was die zünftlerischen Nichtungen zur angeblichen „Rettung des Handwerks“ nur irgend erdenken können, verwirklicht würde, die Unzufriedenheit in diesen Kreisen würde keine Abnahme erfahren, weil es eben garnicht möglich ist, auf dem Boden der kapitalistischen Ordnung der Arbeit zu ihrem Rechte zu verhelfen. Ja, diejenigen, die von dem „handwerkerfreundlichen“ Wollen der reaktionären Parteien eine Besserung der Zustände im Handwerk erwarten, erfahren Enttäuschung über Enttäuschung, wie man das schon lange rüchlich des Innungswezens beobachten konnte. Und sie fallen dann um so sicherer der Sozialdemokratie zu.

Es ist geradezu kindisch, Maßnahmen der projektirten Art als Mittel zum Kampfe wider die Sozialdemokratie zu bezeichnen. Nur immer „handwerkerfreundlich“ weitergeworfen. Die Sozialdemokratie hat dann für ihre Entwicklung nichts zu fürchten. Die bürgerlichen Parteien mögen experimentiren wie sie wollen, — sie experimentiren sich selbst zu Grunde. Immer offener wird ihre Dummheit, ihre absolute Unfähigkeit, zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung erfolgreich etwas zu unternehmen. Denn die Verhältnisse sind stärker als die Menschen!

Der Anarchismus des bürgerlichen Klassenstaates

äußert sich in recht drastischer Weise, wo sich um die Entscheidung der Frage des Arbeiterschutzes handelt. Unter den Arbeitern, die des Schutzes am dringendsten mit bedürftig sind, stehen die Piegeler Arbeiter mit in erster Reihe. Statt größeren Schutzes ihnen zu gewähren, hat die Reichsregierung im vorigen Jahre weitere Zugeständnisse an die Unternehmer

gemacht. Früher galt für alle größeren Ziegeleien die zehnstündige Maximalarbeitszeit jugendlicher Arbeiter; jetzt sieht man unmittelbar nach der Arbeiterführerreform die zwölfstündige zu, und zwar auch für Frauen. In allen übrigen Betrieben dürfen diese schutzbedürftigen Personen erst von 5 1/2 Uhr ab und nicht über 8 1/2 Uhr Abends beschäftigt werden; in den Ziegeleien nach der Reichsanlager-Bekanntmachung schon von 4 1/2 Uhr ab und bis 9 Uhr Abends, woraus die „Nordb. Allg. Ztg.“ die nicht ungewöhnliche Aufgabe gestellt erhielt, jede Verschlechterung der Schutzbestimmungen für Ziegelei-Arbeiter hochmütig zu bestreiten und jede „Gefahr einer Ueberanstrengung der Frauen und jungen Leute“ zu leugnen. Hören wir nun die über das Jahr 1893 erschienenen Berichte der bayerischen, bairischen und württembergischen Gewerbe-Inspektion über diese Frage.

Bayern ist das Elborado der Ziegelei-Unternehmer; in dem gesüßtesten bayerischen Vandalenland und Wäldchen finden diese Auswüchse ein willkommenes Ausbeutungsobjekt; vielfach werden noch massenhaft junge italienische Arbeiter importiert. Jugendlüche Arbeiter werden häufig noch ungeschickt beschäftigt, die beschäftigten Weiber haben „gar keine bestimmte Arbeitszeit“, auf den Ziegeleien herrscht die längste Arbeitszeit überhaupt, die Männer, und hauptsächlich ebenso ihre jugendlichen und weiblichen Gehülfen, fangen „mitunter schon 4 Uhr Morgens“ zu arbeiten an, die Arbeitsbücher in diesen Betrieben sind nie in Ordnung, die Schlafstellen elend, die Bedürfnisanstalten im scheußlichsten Zustande, dabei die Kontrolle der Ortspolizei-Behörden ganz nachlässig — und von diesem tieftraurigen Hintergrund hebt sich wie eine Insel ein voll Hohn und Uebermut, die auf unseren Streit bezügliche Berichtsstelle ab: „Die Arbeitgeber finden insbesondere die Erlaubnis der verlängerten Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter sehr wünschenswert ... die elfstündige Arbeitszeit bildet die Regel, doch kommt auch eine höhere vor. Die Anregungen (!) auf Einführung einer kürzeren Arbeitszeit finden keine günstige Aufnahme.“

Warum sollen auch die Ausbeuter Einsicht haben, wenn der „über den Parteien stehende“ Staat keine hat? Im Gegenteil: der Appetit wächst mit dem Essen, und während der fetten Happen der Mehrstunden jugendlicher und weiblicher Arbeiter noch verbaut wird, den der Reichsanlager dem Ausbeuterthum in den Rücken geworfen, regt sich schon „der Wunsch, daß auch die Kinder (!) nach der Entlassung aus der Volksschule in der gleichen Zeit, wie die jungen Leute beschäftigt werden dürfen.“ Wird die „Nordb. Allg. Ztg.“ vielleicht nächstens den Auftrag bekommen, auch diesen christlichen Wunsch wohlwollend zu besprechen?

Und den bayerischen Beobachtungen reihen sich diejenigen der bairischen Fabrikinspektion an. Auch sie bespricht in ihrem neuen Bericht für 1893 die Bekanntmachung des Reichsanlagers, und sie bestätigt unsere Kritik noch deutlicher mit den Worten: „Die Festsetzungen bezüglich der Arbeitszeit bedeuten aber für den größten Teil der fabrikmäßigen Ziege-

leien im Lande eine Erweiterung der Arbeitszeit, da nur sehr wenige Ziegeleien außerhalb der genannten Zeit (Mitte März bis Mitte November) Ziegeleien formen lassen, und da in den größeren Fabrikbetrieben die zehnstündige Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter durchgeführt wurde.“ Am deutlichsten aber wird der neue württembergische Bericht: „Von den auf Grund des § 139 a der Gewerbeordnung gefassten Beschlüssen des Bundesrats ist die Bekanntmachung vom 27. April 1893, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Ziegeleien, von besonderer Bedeutung. Die bisherige zehnstündige Arbeitszeit der letzteren, an welche sich die Arbeitgeber gewöhnt hatten, machte in manchen Betrieben sofort wieder der elfstündigen Platz, und es ist nicht abzusehen, ob diese Maßregel nicht nach und nach wieder zu der zwölfstündigen Arbeitszeit der Männer führt.“ Hier liegt die direkte Anklage eines Gewerbeinspektors gegen die Reichsregierung vor, daß sie eine Schutzmaßregel wieder aufgehoben habe, an welche sich die Unternehmer schon gewöhnt hatten!

Betriebsmäßig-soziale Hundstun.

* Die Kommission für Arbeiterstatistik wird am 28. Juni im Reichsamt des Innern zu einer Sitzung zusammen treten. Auf der Tagesordnung steht u. A. Beschlußfassung über die Bestimmungen zur Regelung der Arbeitszeit in den Bädereien und Konditoreien; Untersuchungen über die Arbeitszeit in den Getreidemüllereien; und Untersuchungen über die Arbeitszeit, Anbahnungsstellen und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe. In den Sitzungen werden Maschinenbesitzer, Mähergehilfen, Kaufleute, Handlungsgesellen und Hausdiener als Sachverständige hinzugezogen werden.

* Große Unzufriedenheit herrscht unter den Mühlsteinern der Steinbruch-Berufsgenossenschaft wegen der Höhe der zu leistenden Beiträge. Die Verwaltung hat infolgedessen sich die größte Mühe gegeben, zu sparen. Wie sie das fertig gebracht hat, zeigt ihr Rechnungsabbericht, in welchem mit großer Genugthuung hervorgehoben wird, daß sie planmäßig darauf hingearbeitet habe, der Kasse der Unkosten Grenzen zu setzen, das Heiterwerden zu fördern und günstigere Prognosen bei Feststellung der Steuern zu erzielen. Das Letztere ist ihr besonders gelungen, denn der durchschnittliche Rentenprozentfuß ist von 47 Prozent im Jahre 1887 auf 35 Prozent im Jahre 1893 zurückgegangen. „Wäre dies nicht erfolgt“, schreibt die Verwaltung, „so würden die Unfallentschädigungen im Jahre 1893 um etwa 800 000 sich höher gestellt haben.“ — Nun werden die Unternehmer wohl zufrieden sein. Ob es auch die verunglückten Arbeiter sind?

* Zum Handwerkerlag durch die Ultramontanen schreibt das „Bayrische Vaterland“ des Dr. Sigl-Würzburg:

„Durch Zentrumskräfte, groß und klein, geht jetzt ein Ruf aus das ephraime Handwerker, worin gesprochen wird von Begünstigung und Liebe zum Stande, von der zu beherzigenden Wahrheit, daß nur die Tat den Mann macht usw. Dann heißt es unter Anderem: Deutsche Handwerker, sammelt Euch... geht oder nie ist der Handwerkers Welt gekommen ... deutsche Handwerker bildet Bataillone (vormals von bataillons — ganz nach der Marcellinier!), scharer Euch um das Banner des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes und dann vorwärts (marchons, marchons usw.) ... Und wer ist bei dem blutwässrigen Aufzuge unterzochien? Risium tenentis exiit! — Der Zentrumselbstlag liegt. Damit ist Alles gesagt und auch erfüllt. Gerade dieser Herr sitzt anderen Handwerkern diese Arbeiter, besonders Kirchenarbeiten, vor der Nase weg. Kurz und gut, vom Zentrum ist kein Fleck zu erwarten, weder für den Handwerker, noch für den Nonnenstand; denn seit zwei Dezennien

erleben wir von dieser Seite her nichts als Täuschung über Täuschung. Bah! ab, scheinhellige Erbselbst! geliebt hast Du uns nie!“

Das Welche gilt auch von den protestantischen „Handwerkerfreunden“.

* Die Polizei im Dienste des Unternehmertums. Ein Mannheimer Genosse erhielt folgenden Brief von der Fabrikfirma Heine & Lehner in Frankfurt a. M.:

„Antwortlich Ihres gestrigen Schreibens können Sie sofort bei mir eintreten. Natürlich müssen Ihre Papiere in Ordnung sein und Sie haben sich meiner Fabrikordnung zu unterwerfen. Ich bemerke noch, daß augenblicklich ein Teil meiner Arbeiter streikt. Aus diesem Grunde können Sie, vorausgesetzt, daß Sie hierherkommen, am besten den Weg von dem Oberhaus über die Mainzlandstraße nach meiner Fabrik, da auf diesem die Schugmannschaft dafür sorgt, daß die Ankommenenden nicht durch die Streikenden belästigt werden.“

Kommentar überflüssig. * Lassen Sie sich nicht einschüßern in dem Gedanken, die soziale Bewegung hätte ihren Höhepunkt erreicht. Es ist ja vorauszusetzen, daß die ländliche Bevölkerung sich der Bewegung nicht so schnell anschließen wird, jedoch wird dieselbe immer mehr abnehmen und die Städte werden sich mehr bevölkern, und die soziale Bewegung wird und wird von hier aus siegen.“ So sprach nicht etwa ein Sozialdemokrat, sondern der Herr Professor Daxler in der Fortsetzung seiner Vorträge über: „Die Aufgabe des freien Christentums in den sozialen Bewegungen der Gegenwart“. Also die Sozialdemokratie muß siegen — und sie siegt auch.

* Zur Frage des Achttagearbeiters. Eine große Maschinenfabrik in Salford hat ein Jahr hindurch die achttägige Arbeitszeit durchgeführt und veröffentlicht nun die Ergebnisse dieser Arbeitsführung für die Produktion. Früher wurde in der Fabrik wöchentlich 63 Stunden gearbeitet; nach einer Uebererkenntnis mit den britischen Vertretern der Gewerkschaft der vereinigten Maschinenbauer wurde bestimmt, daß die Arbeitszeit in den Wochenstunden von 7 1/2 bis 12 Uhr und von 1 bis 5 1/2 Uhr dauern sollte, am Sonnabend dagegen sollte die Nachmittagsarbeit ganz ausfallen. Das ergab im Ganzen 48 Stunden wöchentlich. Ueberlegt wurde so wenig wie möglich gearbeitet. Mit großer Sorgfalt wurden alle Daten in Bezug auf die Einwirkung dieser Änderung auf die Produktion festgehalten, unter Ausmerzung aller Elemente, die das Experiment zweifelhaft hätten machen können. Es ergab sich, daß im Vergleich mit den vorausgegangenen 6 Jahren die Wäme im Vergleich zu den Gesamtkosten um 0,4 pht. liegen. Demgegenüber war aber eine dieser Erhöhung ausgleichende Wäme der Kosten für Materialabnutzung und für Feuerung zu verzeichnen. Eine messliche Wessung fand in Bezug auf verlorene Zeit statt, sie sank von 2,46 pht. auf 0,46 pht. der Gesamtzeit. Ständarbeiter-verdienen anfangs etwas weniger innerhalb der neuen Arbeitszeit als früher. Doch passten sie sich im Laufe des Jahres den neuen Arbeitsbedingungen an, so daß die Lohnrentabilität gegen früher von 1,76 pht. am Anfang des Jahres auf 0,78 pht. am Ende desselben zurückging, und in dem Bericht wird die Erwartung ausgedrückt, daß selbst diese kleine Unterschied gegen früher bald verschwinden wird. Somit hat sich auch dieses Experiment mit der achttägigen Arbeitszeit im Ganzen nur günstig für die Produktion erwiesen.

Das Unternehmertum im Kampfe gegen die Sonntagsruhe.

Zweck Erörterung der Frage des Erlasses von Ausnahmen in Bezug auf die Sonntagsruhe in gewerblichen Anlagen für die Gruppe IV, nämlich der Steine und Erden, fand am 25. Mai unter der Leitung des Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern Dr. v. Rothenburg eine Sitzung im Reichstagsgebäude statt, an welcher einige Regierungs- und Gewerbeträger, 29 Arbeitgeber und deren Vertreter und 35 Arbeiter und Arbeitervertreter teilnahmen. Nachdem der Vorsitzende den Teilnehmern seine Anerkennung darüber ausgedrückt, daß sie alle erschienen waren, um das

Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

(Fortsetzung.)

In Allgemeinen fanden Proudhon's Theorien in Frankreich nur wenig Anhänger, dagegen traten in Deutschland bald nach dem Erscheinen der ersten Schrift Proudhon's Vertheidiger des Anarchismus auf.

Der erste war P. J. P. (P.), der in zwei Abhandlungen über „Philosophie der Tat“ und „Sozialismus“, 1848, noch über Proudhon hinausging: Anarchie ist die Verneinung aller Herrschaft im geistigen, wie im sozialen Leben, also auch des Staates und der Kirche, aber auch die Verneinung jedes Bestimmens von außen. Jede Tätigkeit müsse durch Selbstbestimmung von innen heraus veranlaßt werden. Art, Dauer der Arbeit eines jeden Menschen hat ganz von dessen Belieben abzuhängen, andererseits soll aber die Gesellschaft Jedem zu seiner Ausbildung sowie zur Befriedigung seiner Bedürfnisse soviel darbieten, als er vernünftigerweise braucht.

Noch phantastischer malte P. J. P. den anarchischen Futurismus. Jeder arbeitet und genießt soviel als ihm paßt. Produktion und Konsumtion sind also ganz in das Belieben jedes Einzelnen gestellt. Ein Mangel an Produktion möchte aber doch nicht eintreten, eher ein Ueberfluß. Wollt sich vermehren die Kinder bis zum 15. Jahre, als Vater der Maschinen, den ganzen Hausbedarf von heute zu leihen, in Festkleidern, ein Spiel, zur Befriedigung! Kein Gesetz, kein Staat, keine Regierung, keine Verwaltungsbefehle sind erforderlich, Alles regelt sich bei der Anarchie von selbst.

Eine philosophische Begründung des Anarchismus bot Max Stirner in seinem Buche: „Der Einzige und sein Eigentum“, 1846. Den Namen Anarchie nimmt er nicht an, fährt aber den Gedanken an den Anarchismus am entschiedensten

durch, so daß er nicht nur den Staat, sondern jede den Einzelnen bindende Idee verweist. Nicht die Freiheit, nicht die Wahrheit soll der Mensch über sich stellen, sonst ist er abhängig und nicht sein „Eigentum“. Der Eigene ist der geborene Freie, der Freie von Haus aus; der Freie dagegen nur der Freiheitsliebende, der Träumer, der Schwärmer. Die freie Vereinigung der Einzelnen, die an Stelle des Staates treten soll, soll der Einzelne benutzen und sie pflichtig und treulos wieder aufgeben, wenn er weiter keinen Nutzen aus ihr zu ziehen weiß. „Die Gesellschaft verbraucht dich, den Berein verbraucht du.“

Diese Verwüstung des Einzelnen von jeder gemeinsamen Verbindung mit Anderen ist nicht weiter als eine Wortspielerei, die in der wirklichen Welt zur Unmöglichkeit wird, wie Ed. Bernstein durch folgende zutreffende Kritik nachweist: „Wo in aller Welt giebt es heute einen „Einzigen“, außer — im Irrenhause? Nur in seiner Einsidlung kann der Mensch des neunzehnten Jahrhunderts „einig“ sein. In Wirklichkeit ist er so wenig absolut einzig, als er absolut frei ist oder sein kann.“

Stirner glaubt auf sicherem, realistischen Boden zu stehen, wenn er von keinem philosophischen, sondern von seinem eigenen persönlichen Ich ausgeht. Aber indem er die Verhältnisse, unter denen dieses Ich lebt und geworden ist, seine Geschichte und die Umstände seiner Existenz ganz unbedeutend läßt, entfernt er sich notwendig immer wieder von der Wirklichkeit und phantastisch, statt zu untersuchen. Die außer seinem Kopf existierende Welt wird nur des Exempels halber vorgeführt. Das geschieht aber auch bei den von ihm angegriffenen philosophischen Idealen, er unterscheidet sich nur graduell (Stufenweise), nicht prinzipiell (grundständig) von ihnen, er wird die metaphysische (übernatürliche) Denkweise nicht los, und so bleibt seine ganze Untersuchung, wie Friedrich Engels es nennt, ein Axiomium (etwas Sonderliches) — sie endet in einer Sackgasse. Es ist immer wieder die Hegel'sche absolute Idee, nur daß sie sich hier „Ich, der Einzige“, nennt. Auch dieser Einzige heißt auf dem Kopf — dem Kopf Marx Stirner's. Es ist, wie gesagt, ein Spuk.“ — Soweit der Stirner'sche Egoist Hand und Fuß hat, ist er nur der ideologische Abklatsch des Angehörigen der auf der Konturrenz beruhenden bürgerlichen Gesellschaft. Dieser ist eben auch ein „Einziger“, der sein Eigentum geltend zu machen hat, will er es zu etwas in der Welt bringen. Aber wehe ihm, wenn dieses Eigentum nur in seiner metaphysischen „Eigenheit“ besteht, er

kann dabei elend verhungern, wie es dem armen Schullehrer Kaspar Schmidt alias Max Stirner nur zu hochstäblich gegangen ist. Die bürgerliche Gesellschaft verweist Jeden auf sein „Ich“, auf seinen natürlichen „Egoismus“. Sie sagt ihm: „Guter Freund, siehe zu, wie Du dich kümmerst. Kampfe, wehre Dich, laß dich nicht breiten zu machen — je mehr Du es läßt, je mehr Du Dir dienst, um so besser. Ich verlange zwar von Dir, daß Du dabei gewisse Regeln nicht verläßt, aber selbst das ist nicht so arg gemeint. Du müßt Dich nur nicht ablassen lassen. Ich kann Dir zwar keine absolute Freiheit gewähren, aber Deine „Eigenheit“ magst Du nach allen Richtungen hin entfalten, Egoist sein, soviel Du willst. Der Egoismus (die Zucht, Selbstsucht), wird entfernt, ein Laster zu sein, ist in der bürgerlichen Gesellschaft die höchste Tugend.“

In der Schweiz hatte Proudhon einen Schüler in Wilhelm Marx gefunden, der besonders eifrig gegen die Ehe und den Glauben loszog, eine Zeitschrift herausgab und in Vereinen Propaganda trieb, bis diese 1846 befruchtlich geschlossen wurden. Ueberhaupt verhielt er sich nach der 1848er Bewegung überall sich — breit machende Reaktion das öffentliche Axiom des Anarchismus, bis 1888 der Rufte Bakunin wieder letzte Propaganda für denselben machte.

Marx ael W a t u n wurde 1814 als Sohn eines russischen altbairischen Gutsherrn im Gouvernement Turer geboren und in Koblenzhaus zu Petersburg erzogen. Nur kurze Zeit war er Artillerieoffizier, widmete sich dann philosophischen Studien und begab sich 1841 nach Berlin, wo er sich den demokratischen Mitgliedern des „Jungen Deutschlands“ angeschlossen. 1842 lebte er in Dresden, 1843 in Paris, wo er Proudhon's Schriften kennen lernte, begab sich dann in die Schweiz, wo er in den kommunistischen Vereinen bekehrte, hielt 1847, am Jahrestage der Märzrevolution, eine Rede, für die er, auf Verlangen der russischen Regierung, aus Paris ausgewiesen wurde, beteiligte sich 1845 in Prag an Studentenstreik und kam im März 1848 nach Dresden, wo er an der Materialrevolution hervorragenden Antheil nahm. Als diese niedergeworfen wurde, flüchtete er, wurde in Chemnitz verhaftet, zum Tode verurteilt, zu

Wilhelm Marx, geboren 1819 zu Hamburg, erst Kaufmann, dann Schriftsteller. Zu den letzten Jahren wurde er Antisemit, sagte sich dann aber von dieser Gesellschaft los.

gemeinsame Interesse zu fördern, machte er gleich eingangs geltend, daß das Resultat der Sitzung dem Bundesrat unterbreitet würde, es somit über den Rahmen seiner Befugnisse geht, irgend welche bindenden Zugeständnisse machen zu können. Die Arbeitgeber und deren Vertreter hätten, wie aus ihren Ausführungen ersichtlich war, sich in der besten Hoffnung gewirkt, mit rechtskräftigen Zugeständnissen der Ausnahmestimmungen sich ihren belästigenden Gesetzen zuwenden zu können, sie waren daher sehr enttäuscht, als dem nicht so war, obgleich sie sich die ernstlichste Mühe gaben, die schlagendsten Beweise in's Treffen zu führen. Derselben erwiesen sich aber bei glücklicher Begehung als vollkommen richtig, um irgend eine Einschränkung der Sonntagsruhe zu rechtfertigen, da bei der vorvollkommenen Achtung in den Betrieben es sich bei einigermaßen gutem Willen sehr gut vermeiden läßt, Ausnahmestimmungen einzutreten zu lassen. Charakteristisch war die unterbrochene Aeußerung des Wandener Regelleiters H. Wang, welcher, falls die vorgelegenen Ausnahmestimmungen nicht genehmigt würden, drohte, daß er sich veranlaßt sehen werde; wenn das Interesse des Betriebes es erheischt, sogar von einer Gesetzgebung in Betrachtung nicht zurückzuführen. An Deutlichkeit läßt dieses nicht zu wünschen übrig und bestätigt wiederum, daß sich das Unternehmertum dem Gesetz am liebsten klammert, die die Fällung ihres Geldbeutels erschweren können.

Von dem größten Theil der Arbeitervertreter hörte man, sei es nun aus Unkenntnis oder blos aus Eitelkeit, daß es größerer Schwierigkeiten der Sonntagsarbeit nicht bedürfe; es erregte dieses selbst das berechtigste Erstaunen einiger Gewerbetreibende, welche sich ob der Bedürfnislosigkeit der armen bedauernswürdigen Geschöpfe wunderten; es wird somit begreiflich, daß ein Vertreter der Rathverordneten die Erklärung abgegeben konnte, daß die Arbeiter eine Befreiung der Sonntagsarbeit in ihren Betrieben ungern sehen würden.

Einschließen in Rede gestellt wurde die Nothwendigkeit einer Ausnahmestimmung der Sonntagsarbeit in der Thonwaren-Industrie von dem Vertreter der Rippelchen Regelleiter von Berlin die Vertreter der Arbeiter, der Porzellanmaler und der Porzellanbrecher von Charlottenburg. Letztere erachteten die Fortsetzung des Betriebes an Sonn- und Feiertagen auch nicht zur Unterhaltung der Feuer für notwendig.

Es war nicht zu vermeiden, daß Letztere bei Vertretung ihres Standpunktes auch die wirtschaftliche Lage der armen Proletarier dieser Industrie beleuchteten, wiewegen sie vom Vorherrschen wiederholt zur Ordnung gerufen wurden, weil sie, wie er sagte, das Verhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer beleuchteten, welches durchaus unbillig sei, weil sonst die unvortheilhafte Lage der Unternehmer im Gegensatz zu der der Arbeiter zu sehr in's Auge springen würde. (?) Nichts genommen wurde von den vom Verband der Keramischen Werke eingegangenen Vorschlägen, welche dazu angefaßt erschienen, eine Produktionsvermehrung am Sonntag herbeizuführen, obgleich der Vertreter Herr Kommerzienrat Wolff das Gegentheil behaupten wollte, was ihm freilich nicht gelang.

Damit war das Material nach sechsstündiger Sitzung in knapper Mittagspause erschöpft. Warten wir ab, was dabei für die Arbeiter herausspringt? Vielleicht etwas Unternehmertum?

Unfallversicherung und ärztliche Wissenschaft.

In der „Voll. Sig.“ lesen wir: „Die soziale Gesetzgebung im Deutschen Reich hat in die ärztlichen Dinge in dem Maße eingegriffen, daß Unberufliche Vorkursungen darüber notwendig geworden sind. Bisher sind solche Vorkursungen in Bonn, Straßburg und Berlin gehalten worden. Aberdings hat der Unterricht in der sozialen Gesetzgebung in mehrjähriger Frist einen weiteren Fortschritt gemacht. Er ist in den Vorlesungen der Fortbildungskurse für praktische Ärzte aufgenommen worden. An der Unversität Göttingen wird im nächsten Herbst Dr. med. Hildebrand über Vorkursungen mit besonderer Rücksicht auf das Unfallgesetz

lesen. Dieser Fortschritt beweist von Neuem, wie dringlich es ist, daß von Staats wegen für diese Seite des mehrjährigen Unterrichts etwas geschieht. Für Berlin ist dies durch neuere Vorgänge besonders dringlich geworden. Wie hier mitgetheilt wurde, hat eine Vereinigung von Berufsgenossenschaften sog. Unfallkassen errichtet. In diese Unfallkassen sollen alle Unfallverletzten aus dem Bereiche der vereinigten Berufsgenossenschaften aber geföhrt werden. Bisher wurden Verletzte nach der Art der Verletzung entweder in die öffentlichen Hospitäler, insbesondere die königliche Klinik, die Charité-Klinik, das Krankenhaus Moabit zugleich Unterrichtsanstalten sind, können die Unfallverletzten, die dort zur Behandlung kommen, zur Unterweisung der Studirenden ausgenutzt werden. Durch die Errichtung der Unfallkassen müßte die Zahl der Unfallverletzten, die die Hilfe der Unterrichtsanstalten nachsuchen, heruntersinken. Dadurch leidet aber der medizinische Unterricht. Mit Rücksicht darauf muß es sehr bestreulich erscheinen, daß das Reichsversicherungsamt neuerdings die Unfallkassen noch ganz besonders empfiehlt. In einem Rundschreiben rath der Präsident des Reichsversicherungsamtes den Berufsgenossenschaften die Befreiung der Unfallkassen einzubringen. Es steht zu erwarten, daß dieser Rath seine Wirkung auf die Berufsgenossenschaften nicht verfehlen wird. Zum Wenigsten ist von zwei Genossenschaften bekannt geworden, daß sie sich der ursprünglichen Vereinigung anschließen haben. Je mehr Genossenschaften aber die Unfallkassen belegen, um so schwerer wird der akademische Unterricht geschädigt, der ohnehin schon genug Mängel aufweist. Ohne es zu wollen, hat das Reichsversicherungsamt durch sein Rundschreiben die aberaus wichtigen Unterrichtsinteressen schwer beeinträchtigt. Auch für die praktischen Ärzte in Berlin ist es, keineswegs blos in materieller Hinsicht, von Belang, daß ihnen die bisherige chirurgische Praxis erhalten bleibt.“

Diese Noth giebt uns Anlaß zu einigen kritischen Bemerkungen. Allerdings macht es keinen günstigen Eindruck, daran erinnert zu werden, in welchem Maße die heutige ärztliche Wissenschaft darauf angelegentlich ist, „Material“ zu Studiren, wozu ihrer Vervollkommenung vorzüglich aus den arbeitenden Klassen zu bekommen. An sich haben wir gewiß nichts dagegen einzuwenden, daß speziell in Rücksicht auf die Unfallversicherung besondere medizinische Kurse errichtet werden. Es müßte nur auch die Gewährung vorhanden sein, daß in den öffentlichen Krankenhäusern überall die dahin verdrachten verletzten Arbeiter eine entsprechende Behandlung erfahren und nicht lediglich als „Studien-Objekte“ für junge Ärzte unter offener Hand unzureichender Leitung dienen. In dieser Hinsicht bestehen sehr oft in den öffentlichen Krankenhäusern bedenkliche Mängel, wie z. B. an der königlichen Charité zu Berlin, die behauptet von den Berliner Krankenkassen boykottirt worden ist. Die Behandlung in solch einer Anstalt darf im Arbeiter, der auf Kosten einer Krankenkasse oder der Berufsgenossenschaft dort Aufnahme findet, nicht das Bewußtsein aufkommen lassen, daß er als „Parasit“ betrachtet wird, nur gut genug dazu, an sich herumexperimentiren zu lassen im Interesse des Fortschrittes der Wissenschaft.

Wir geben selbstverständlich der Behandlung in einem gut eingerichteten und geleiteten Krankenhaus, wo die Wissenschaft auch ihrer humanitären Pflicht in vollem Umfang genügt, durchaus den Vorzug vor der in den Proletarierwohnungen, und auch vor der in den von Berufsgenossenschaften errichteten Unfallkassen; die doch offenbar nur darauf berechnet sind, den Unternehmern Kosten zu ersparen, und mit wissenschaftlichen und humanitären Rücksichten garnichts gemein haben. Das System der „Vertrauensärzte“, wie die Berufsgenossenschaften es ausgestellt und nunmehr auf ihre Unfallkassen übertragen haben, ist ganz entschieden zu verurtheilen und zu bekämpfen, denn da wird der Arzt in den Dienst der kapitalistischen Interessen gestellt. Die Allen des Reichsversicherungsamtes geben Aufschluß darüber, was dieses

System gegen den Zweck der Unfallversicherung zu nützen vermöge. Mit Recht ist zu fordern, daß es geschäftlich betrieben wird.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

* In Stettin hat sich beim Mauererstreik leider eine beträchtliche Anzahl Streikbrecher gefunden, die unter dem Schutze der Polizei von und nach dem Arbeitsplatze geföhrt werden. Es macht — so schreibt ein Genosse dem dortigen „Vollstoten“ — das Ganze einen tieftraurigen Eindruck; die Mäße, die sich täglich viermal wiederholen, gleichen einem Gefangenentransport. Und das lassen Arbeiter sich bieten und fallen dabei ihren Brüdern, die um ein besseres Loos kämpfen, in den Rücken.

* Ein Banarbeiter-Streik steht in Braunschweig bevor. Die Arbeiter hatten sich in früheren Jahren einen Stundenlohn von 22 A. erkämpft, die Unternehmer haben jedoch im Laufe der Zeit diese Löhne herabgedrückt. Eine öffentliche Mauererversammlung hat nun beschlossen, Mann für Mann auf allen Baustellen dafür einzutreten, den Stundenlohn von 22 A. wieder zu erlangen.

* Achtung, Steinarbeiter! Seit dem 1. Juni befinden sich die Steinarbeiter von Belschhufe und Umgebung im Streik. Sie verlangen Löhnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden. Zugug aller Steinarbeiter ist fern ausfallen.

Unterstützung ist notwendig. Die Genossen sind an Louis Gaspacher, Restaurant „Prinzesshöhe“ in Cunnnersdorf bei Bammeß in Sachen zu richten.

Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. * Der Streik der Steinarbeiter in Ranschaggen ist zu Gunsten der Streikenden beendet, was in erster Linie dem festen Zusammenhalten der Kollegen zu danken ist. Nicht Einer war vom Betrüßer geworden, sie haben Alle bis auf den letzten Mann ausgehalten; ein Beweis, daß Einigkeit stark macht.

Der Streik in Strehlen dagegen dauert un verändert fort. Bürgerliche Blätter verbreiten die Nachricht, die Steinarbeiter in Strehlen wären wegen 25 Prozent Löhnerhöhung in Ausland getreten. Das ist jedoch die Unwahrscheinlichkeit. Die Steinarbeiter haben erst dann Forderungen gestellt, nachdem man sie in den Streik durch Löhnerhöhung getrieben hatte.

Die Forderungen, welche von den Streikenden gestellt worden, sind folgende: 1. Wöchentliche Löhngzahlung, 2. Verkürzung der alten Löhngzahl, 3. Löhnerhöhung bei einem Verdienst bis zu M. 15 in 14 Tagen von 25 pht., von M. 15 bis 25 15 pht., von M. 25 bis 30 10 pht., bei einem Verdienst über M. 30 wird von einer Prozentenquote Abstand genommen. 4. Zu Hilfsarbeiten müssen Arbeitsleute eingestellt werden. Aus diesen Forderungen ist zu ersehen, in weleht trauriger Lage sich die Kollegen in Strehlen befinden. Die Haltung der Streikenden ist eine sehr gute und bis jetzt noch nicht einem zum Streikbrecher geworden und wird auch keiner werden, wenn die nöthige Unterstützung nicht ausbleibt. Deshalb bitten wir sämtliche Kollegen und Genossen, die Steinarbeiter von Strehlen nach die vor, so lange der Streik dauert, thätigst zu unterstützen, denn Unterstützung ist dringend noth.

Alle Genossen sind an Herrn Traugott Schwarzer, Strehlen i. Schl. zu richten.

Die Geschäftsführung der Steinarbeiter Deutschlands. H. A. B. Thomas

* Der Streik der Stettiner Steinseher dauert fort. Bis jetzt haben sich Streikbrecher noch nicht gefunden; die von den Weibern nach Stein gelackten Steinseher werden regelmäßig abgefangen und wieder nach Hause geföhrt.

Die Zimmerer Dresden und Umgebung haben in einer Verammlung beschlossen, keine Arbeiter mehr zu arbeiten, um nicht die Arbeitslosigkeit noch größer zu machen und zur Herabdrückung der Löhne beizutragen.

lebenslänglicher Haft bedingt, 1850 an die Österreichische Regierung ausgeliefert und von dieser 1851 an die russische, die ihn nach Sibirien verbannte. Da er mit dem Gouverneur des Strafbereichs verhandelt war, gelang es ihm 1860, über Japan nach London zu fliehen. Dort widmete er sich besonders der russischen Fühlungsbewegung; als 1863 der letzte Polen-aufstand losbrach, veranlaßte er eine Expedition der Emigranten von Stockholm aus, um Rußland zu revolutioniren. Der Plan scheiterte, und Watunin kehrte nach London zurück; im Herbst 1867 ließ er sich in Genf zum Mitgliede des permanenten Comités der Friedensliga wählen, einer Gesellschaft, die aus bürgerlichen Philanthropen und Wohlthürern bestand, welche für Abschaffung der Kriege schwärmten, ohne die soziale Ursache derselben, die kapitalistische Produktionsweise, beseitigen zu wollen. Watunin sah bald ein, wie unbedeutend diese Gesellschaft war, er dachte daher daran, dieser Liga wenigstens äußerlich einen sozialistischen Anstrich zu geben und sie mit der marxistischen, internationalen Arbeiter-Association zu verknüpfen. Um diesen Plan durchzuführen, ließ sich Watunin im Juli 1868 in die Genfer Central-sektion der Internationale aufnehmen und bewirkte, daß das Comite der Liga dem internationalen Kongreß zu Brüssel (1868) ein Schuß- und Truppbündnis anbot. Dieser bewarft den Vorschlag und nun begannen die Intrigen und Anfeindungen Watunin's, bei denen sich sein wahrer Charakter erst entpulte, wie sich 1872 auf dem Haager Kongreß herausstellte. (Ein Komplotz gegen die Internationale Arbeiter-Association. Im Vortrage des Haager Kongreßes verlesener Bericht über das Treiben Watunin's und der Allianz der sozialistischen Demokraten. Deutsche Ausgabe, überseht von S. Kolosly, Braunschweig, W. Brade jun., 1874.)

Watunin begründete, wie die marxistische Internationale zu bekämpfen, 1868 eine öffentliche „Allianz der sozialistischen Demokraten“, diese barg eine geheime in sich, die ihrerseits durch die noch geheimere Allianz der internationalen Brüder, der hundert Garden des Allotours Watunin, geteilt wurde. Die geheimen Statuten der „Organisation der Allianz der internationalen Brüder“ zeigen, daß es in dieser Allianz „drei Grade“ gab: 1. Die internationalen Brüder. 2. Die nationalen Brüder. 3. Die halb geheime und halb öffentliche Organisation der internationalen Allianz der sozialistischen Demokraten. Der Angelpunkt der Allianz war der „Bürger Watunin“; um sich

wollte er einen revolutionären Generallstab scharren; wie er meinte, genügt für ganz Europa hundert fest und ernst verbündete Revolutionäre, von denen er Einigkeit des Gedankens und des Handelns verlangt — das heißt: Driftlosigkeit und ständes Gesopfa, ganz wie in der Gesellschaft Jesu. Dabei trat aber das soziale Programm der baltunistischen Allianz für die Anarchie ein. „Die Association der internationalen Brüder will die allgemeine, zu gleicher Zeit soziale, philosophische, ökonomische und politische Revolution, damit von der gegenwärtigen Ordnung der Dinge, begründet wie sie ist, auf dem Eigenthum, der Ausbeutung der Herrschaft und dem Autoritätsprinzip — das heißt sei religiös oder metaphysisch oder bourgeois-doktrinär, ja selbst jacobinisch-revolutionär — zunächst in ganz Europa und dann auf der übrigen Welt kein Stein auf dem anderen bleibe.“

Diesen vorkommenden Prinzipien entsprachen weder die Thesen der Allianz, noch der Charakter der Mitglieder; die ersten bestanden in Anfeindungen der Marxisten, die letzteren unter Anderen aus Volksgelagerten Napoleons, wie Albert Michard, im Allgemeinen aus Deklassirten. (Delassés heißen im Französischen diejenigen aus den bestehenden Klassen hervorgegangenen Leute, die von ihrer Klasse ausgeföhren oder aus ihr ausgetrieben sind, ohne darum Proletarier zu werden, z. B. Industrieller, Bittelgehende (Gandwais), gewerkschaftliche Spieler, die meisten Literaten und Politiker von Profession usw. Auch das Proletariat hat seine Deklassirten, sie bilden das „Lumpenproletariat.“ „Ein Complot“, Seite 2, herausgegeben von Marx.)

Der erste Anarchismus war nur die Wüste für den Kampf gegen die Londoner Internationale. Der Generallstab derselben kennzeichnete in einem Rundschreiben vom März 1873 aber — die angeleglichen Spaltungen in der Internationalen — die Ausschneidenden über die sofortige Abschaffung des Staates und die Gründung der Anarchie folgendermaßen: „Die Anarchie, das ist das große Paradoxend des Meisters Watunin, der von allen sozialistischen Systemen nur die Ausschneidenden aufgenommen hat. Alle Sozialisten verstehen unter Anarchie dieses: ist einmal das Ziel der proletarischen Bewegung, die Abschaffung der Klassen, erreicht, so verschwindet die Gewalt des Staates, welche dazu dient, die große produzierende Mehrheit unter dem Joche einer wenig zahlreichen ausbeutenden Minderheit zu erhalten, und die Regierungsfunktionen verwandeln sich in einfache Ver-

waltungsfunktionen. Die Allianz greift die Sache am ungelehrten Ende an. Sie proklamirt die Anarchie in den Reihen der Proletarier als das unschönste Mittel, die gewaltigen in den Händen der Ausbeuter konzentrierten gesellschaftlichen und politischen Machtmittel zu brechen. Unter diesem Vorwande verlangt sie von der Internationalen in demselben Augenblick, wo die alte Welt sie zu jermalen freit, daß sie ihre Organisation durch die Anarchie erzeuge.“

Watunin schuf sich durch seine Allianz zwar einen Generallstab in den internationalen Brüdern, aber die Arme setzte ihm und hierzu wollte er die marxistische Internationale benutzen. Am 15. Dezember 1868 beantragte die Allianz beim Generallrat der Internationale ihre Aufnahme; dieser verweigerte sie, da die Allianz beanpruchte, eine besondere Organisation in der Internationalen zu bilden. Einige Monate später wiederholte die Allianz ihre Anfrage und erbot sich, ihre Sektionen in solche der Internationalen umzuwandeln; sie zeigte auch am 22. Juni 1869 dem Generallrat an, daß dies geschehen sei — und nun wurde sie aufgenommen. Watunin hatte jedoch die geheime Organisation nicht aufgelöst und botte, auf dem Kongreß zu Basel 1869 sich der Leitung der Internationalen zu bemächtigen; es gelang ihm nicht, doch geteilt er beständig Intrigen aller Art gegen die Sozialisten an. Es kam zum offenen Zwiespalt; die Bakunisten griffen in ihren Zeitungen, wie in ihren Flugblättern unter dem Pseudonym aller Reactionäre die Internationale und Marx an und überhäufeten sie mit Schmähungen. Watunin erklärte, auf dem nächsten Kongreß „seine Verleumdung“, vor ein Ehrengericht zu laden. Aber — Watunin erschien nicht, dagegen beschloß der Kongreß zu Haag, nachdem ihm die geheime Organisation der Allianz durch Allen-rände bewiesen, am 7. September 1872, Michel Bakunin, als Gründer der Allianz, auszusprechen; vier Delegirte aus Spanien, fünf belgische, zwei holländische, ein Amerikaner und zwei aus dem Jura stimmten gegen den Ausschluß und traten bald darauf zu St. Imier in der Schweiz zu einem Kongreß zusammen, auf dem sie erklärten: „Jede Organisation einer angeblich proletarischen und revolutionären politischen Macht, um mittelst derselben die politische Macht des Staates zu vernichten, kann nur eine neue Täuschung sein und muß für das Proletariat ebenso gefährlich sein, wie alle heute existirenden Regierungen.“ (Fortsetzung folgt.)

Der Dresdener Buchdruckereist ist nunmehr als beendet zu betrachten. Nachdem die Forderungen der Schlichter bewilligt, haben auch am 4. d. M. die Biegel-

Er gibt dieses Streik ist der Dachdecker B u h geworden. Er erhielt, da es überflüssig die Staatsangehörigkeit ist, den Ausweisbescheid, lassen sieben Tage Dresden, und das Königreich Sachsen zu verlassen. Zug, dessen Frau krank ist, ist seit 1887 in Dresden und hat sich nie etwas zu Schulden kommen lassen, er ist unbekannt. Er ist auch niemals politisch tätig gewesen. In dem Kampfe der Dachdecker aber um bessere Arbeitsverhältnisse hat er solidarisches mit seinen Kollegen gehandelt, und dieses Verhalten gegen den heiligen Unternehmervorpost muß er nun damit büßen, daß er aus seinen bisherigen Verhältnissen herausgerissen und arbeitslos in die Welt hinausgeschickt wird.

Das nennt man „Ordnungs-Politik“.

Ueber die Gewerkschaftsbewegung in Münster berichtet die Rheinische Arbeiterzeitung: Das Centrum, das sich bei jeder Gelegenheit als die Partei der Arbeiter aufspielt, das sich stets als Hüter der Volksrechte geriet und den Wahlspruch „Wahrheit, Freiheit und Recht“ auf seine Fahne geschrieben hat, ist in Wahrheit nichts als eine Interessensvertretung, die sofort alle schönen Gemeindegüter, wenn ihr Interesse gefordert erscheint. Seit Kurzem haben die Arbeiter im „nordischen Rom“, in Münster, angefangen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Zu den hier schon länger bestehenden Organisationen der Buchdrucker, Bildhauer und Tabakarbeiter wurden vor kurzer Zeit neu gegründet die der Maurer und Zimmerer, welche schon eine ansehnliche Mitgliederzahl zu verzeichnen haben. Auch die Holzarbeiter wollten eine Gesellschaft ihres Verbandes gründen. Aber der Meister der „Vier Jahreszeiten“ wurde so lange bearbeitet, bis er das zur Versammlung schon zugewiesene Lokal verweigerte, und der Wirt Kirchnberg, bei dem kurz vorher eine Maurerverammlung stattgefunden, zog infolge eines mißlichen Verdicts des ultramontanen „Recht“ ebenfalls seine Einwilligung zur Abhaltung der Versammlung in seinem Lokal zurück. Er klagte dem Einberuher sein Haus, der Stadtrath und Kirchenvorstand Herr Ströbner, habe ihm verboten, derartige Versammlungen stattfinden zu lassen und im Weigerungsfalle mit Klagegedrohungen, weshalb er keine Zulassung zurückziehen müsse. Er wies sein lebhaftes Bedauern darüber aus, weil er durch die Organisation ein gutes Einkommen erhalten haben würde. Schließlich hat der Wirt noch öffentliche Äußerungen gemacht. Der Holzarbeiterverband ist nun zwar doch gegründet. Der Vorfall ist aber geeignet, zu zeigen, wie die Centrumspartei in der Praxis das Sozialistrecht und Versammlungsrecht der Arbeiter ablehnt. Saalabtreibung ist ihre geistige Waffe diesen berechtigten Bestrebungen der Arbeiterkraft gegenüber.

Ueber den Lohnkampf und die gewerkschaftliche Organisation stellt ein Genosse im „Vorwärts“ recht beachtenswerthe Betrachtungen, die sich völlig mit dem von uns stets eingenommenen Standpunkt decken. Nach einem Hinweis auf die großen Lohnkämpfe in Oesterreich, der Schweiz, Amerika u. s. w. heißt es:

Bei uns in Deutschland ist es, abgesehen von einigen kleineren Ausnahmen, ziemlich ruhig. Dabei wird niemand behaupten können, daß etwa die „hohen Löhne“ in der Industrie, von denen Graf Kanitz im Reichstag sagte, diese Löhne im Lohnkampfe verursachen, vielmehr ist anzunehmen und hierin würde sich ein erfreulicher Fortschritt unserer Gewerkschaftsbewegung zeigen, man wagt in Ruhe und Ueberlegung die Wadtmittel ab, die den einzelnen Gewerkschaften zur Verfügung stehen und hätte sich vor einer größeren Zahl erfolgloser Streiks, die das Wachsen der Organisationen schwer behindern.

Dabei können wir nicht unterlassen, auf's Neue den Wunsch auszusprechen: Möge man auch vor allen Dingen für eine einheitliche Organisation arbeiten, die selber trotz der vielen Ermahnungen in der Presse noch immer fehlt. Dann wird endlich die unselbige Vereinzelterplünderung aufhören, die jede Einheitlichkeit der Bewegung hemmt. In dieser Beziehung wird z. B. von den Berliner Genossen geradezu ungeheuerlich gefordert.

Bei der heiligen Nacht des Unternehmertums muß eine gewisse Disziplin in unseren Organisationen vorhanden sein, die in jedem Kampfe, wo große Opfer in Aktion treten, nötig ist; können unsere Genossen dies Wissen nicht bringen, sehen sie die Zweckmäßigkeit und den Nutzen dieser Forderung nicht ein, glauben sie vielmehr, daß bei der heutigen Verpönderung in Hunderten von Vereinen und Vereinen ihren Interessen gedient ist, dann werden sie nur immer die Erfahrung machen müssen, daß sie sich getäuscht haben und dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn das Unternehmertum triumphiert. Man spricht von einem Lohnkampf und vergleicht ihn gerne mit dem Kampfe mit gewaltthätigen Wadtmitteln: dann gehe man aber auch einen Schritt weiter und lerne auch von diesem die Organisation. Unsere kleinen, abseits vom Gros stehenden Organisationen sind mit Freischülern zu vergleichen, die dem Unternehmertum wohl unangenehm sind, die aber bei jedem ersten Vorstoß auf's Trockene gesetzt werden.

Die Finanzverhältnisse unserer gewerkschaftlichen Organisationen sind natürlich nach einer lange währenden Arbeitslosigkeit auch keine glänzenden; Meiser- und Arbeitslosenunterstützung, Hilfe in äußersten Nothfällen haben einen tiefen Eingriff in die Kassen verlangt, so daß zu doppelter Noth bei einem Streik zu rechnen ist. Deshalb muß mit allem Eifer jetzt an den Aufbau der Organisationen gegangen werden, für die finanzielle Rettung muß Sorge getragen, die Kriegslasten müssen gelöst werden und so kann man nur bringend in Aussicht auf all' diese Verhältnisse vor einem größeren Lohnkampfe warnen.

Dabei scheint es uns, als ob der von uns zuletzt betragten Frage überhaupt nicht besondere Fürsorge gewidmet wird. Schon die in der Presse erscheinenden Meldungen, die sich bei jedem kleinen Streik gleich um Schuldenerklärung an die Arbeiter Deutschlands, wenn nicht gar des Auslandes wenden, geben selbst dem Unangewiesenen den sehr richtigen Ausschlag, wie es um die Finanzen der Organisationen steht. Vergessen wir nicht, daß unsere Organisationen Kampfs-Organisationen sein sollen und müssen. Dazu gehört ein Fonds, der einen kleinen Ansturm aushalten muß und solche kleine Plänkchen ohne Mühe übersteht.

Wegen die Gewerkschaften in eifriger Agitation für ihre Sache ihre Reihen stärken, für finanzielle Gefundung und Kräftigung sorgen. Die Erfolge werden — bei

Anwendung einer wohlüberlegten Taktik und Erfüllung aller Vorbedingungen, die nötig sind für die Aufgaben, nicht ausbleiben. Verzeihe man aber den gutgemeinten Rath: Hüter mir und vor überreichten Schritten, die uns oft anstatt Vorteile schwere Nachteile gebracht haben.

Verrichtung der Centralisation der Gewerkschaften. Nachdem mit der Auflösung der verschiedenen Jahreshellen des Textilarbeiterverbandes die Kraftprobe gemacht ist, geht jetzt die schärfste Wehr gegen alle „Gewerkschaften“ vor. Freudig bewegt melden alle Amtsblätter:

„Nach einer Entscheidung der Amtshauptmannschaft Widaud, der auch die Amtshauptmannschaft Widaud zugestimmt hat, sind die in Sachen errichteten Mitgliedschaften und Passbellen der größten Theil in Preußen domizilirenden gewerkschaftlichen Centralverbände als Zweigvereine dieser Centralorganisationen zu betrachten und da sich diese in der Regel mit öffentlichen Angelegenheiten im Sinne des sächsischen Vereinsgesetzes beschäftigen, so werden diese Passbellen, wenn sie nicht die in § 24 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Rechte der Körperschaft erlangt haben, aufgelöst. Es ist dies im Besitze der Amtshauptmannschaft Widaud mit den dort gegründeten Mitgliedschaften des Textilarbeiterverbandes geschehen und die Amtshauptmannschaft Widaud hat diesen Beschluß auch bestätigt.“

So wahr also der „Hydra“ Sozialdemokratie wieder mal ein Kopf abgehakt — an dessen Stelle neue wachsen.

Die Errichtung eines Arbeiter-Sekretariats streben die Münchener Gewerkschaften an. Dasselbe soll in Fragen der Sozialgesetzgebung Auskunft erteilen, in gewerblichen Streitigkeiten Unterstützung und Rechtsbeistand gewähren, der hier im Argen liegenden Arbeiterzustand abhelfen, den centralisirten Arbeitsnachweis pflegen und der Sehung der bestehenden, sowie der Bildung neuer Gewerkschaften sein Augenmerk zuwenden, überhaupt eine Centralstelle für alle Arbeiterangelegenheiten bilden. Die Errichtung ist davon abhängig, daß die organisierten Arbeiter willens sind, einen Hohenbeitrag von mindestens 2 1/2 zu leisten. Die Stadtgemeinde wird um Subvention gebeten werden.

Gewerkschaftswahlen. In Ludwigshafen trug die organisierte Arbeiterkraft einen vollenständigen Sieg davon. Ebenso in Bamberg. Das Resultat ist: Sozialdemokraten 728, Mißmach 286 Stimmen. Arbeitervereine: Handwerkerverein 142, Mißmach 106, Gewerksverein 96 Stimmen.

In Elm-Stein in der Stadt die sozialdemokratische Liste mit 470 Stimmen. Die Gegner (Hilf, Dunderlicher Gewerksverein, Evangelischer Arbeiterverein, Katholischer Arbeiterverein zusammen) erhielten nur 137 Stimmen. Trotzdem die Gegner kleinere Stimmzettel hatten, drachten sie es nur zu dem ersten Platz.

An die Parteigenossen! Die Kampagne der Biegelarbeiter ist im vollen Zuge, die Saat, welche wir hier während der Wintermonate ausstreuten, droht während des Sommers wieder gänzlich verkrüppelt zu werden. Der Biegel, durch die lange Arbeitslosigkeit und unwürdige Behandlung gänzlich stumpf geworden, kümmert sich nicht im Geringsten um das öffentliche Leben. Er ist froh, wenn die Woge herum ist, daß er sich des Sonntags etwas Ruhe gönnen kann. Darum rühten die Wille an alle Genossen, besonders an diejenigen der großen Städte, sorgt dafür, daß die Biegel auch während des Sommers etwas zu lesen bekommen, agitiert auch unter ihnen. Laßt sie Keiner dadurch abhalten, daß ihm vielleicht der Eine oder Andere schroff entgegentritt, die große Wehrhaft der Lippen des Biegel ist unter ihnen durchaus zugänglich.

Also, Genossen, heßt uns in dem Bestreben, dem Biegel auch die Erkenntnis beizubringen, daß nur der Sozialismus wirklich im Stande ist, seine so überaus traurige Lage zu verbessern.

Im Auftrage der Lippe'schen Genossen.

Herrn Baum, Deringhausen (Lippe).

Alle Arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ueber die Lohnbewegung in der Schweiz schreibt man uns von dort: Die für die diesjährige Lohnbewegung von der schweizerischen Arbeiterliga angeführte Summe betragt bereits 60 000 Franken. Der Streik der Schneider und Schmeide und Wagner in Zürich dauert fort. Der Streik der Arbeiter in Rheinfelden hat mit dem Siege der Arbeiter geendet, während die Schneider und Wagner in Winterthur den Streik für beendet erklären, nachdem immerhin einige Angehörige seitens der Meister gemacht wurden. Wessoren für die Arbeiter ist der Streik der Schuhmacher in Olten. Die schweizerische Streikpamphle ist für dieses Jahr noch nicht ganz beendet, doch darf man jetzt schon sagen, daß sie mit wenigen Ausnahmen auf der ganzen Linie einen unglücklichen Verlauf genommen und die Unternehmern im selben Maße zusammengeführt hat, als die Arbeiterorganisationen durch Preisregulungen und Abreise der Mitglieder zerfallen worden sind. Das zweischneidige Schwert des Streiks hat offenbar die Arbeiter mehr geschädigt als die Unternehmern.

Der Streik der Wiener Tischler ist beendet, nach sechsmonatlicher Dauer. Mit einer bewundernswürdigen Ausdauer, unter allen erdenklichen Entbehrungen und bei einer kaum nennenswerthen Unterstützung haben sie dem profitirungstüchtigen Unternehmertum einen Widerstand entgegengesetzt, welcher gewiß die allgemeine Achtung verdient. Und das Resultat? Es steht in keinem Verhältnisse zu den gebrachten Opfern!

Die größten Betriebe, auf welche es der Hauptsache nach ankommt, waren nicht unter sich, sondern auch mit den übrigen Großfabrikanten fortwährend — hier erlagen die Arbeiter. Die von den Arbeitern als auch vom Gewerbe-Inspektor injunctierten Unterhandlungen wurden von einem Theile der Unternehmern brüsk zurückgewiesen; ja, es haben die am 28. Mai beim Gewerbe-Inspektor zu Unterhandlungen erschienenen Gewerksinhaber die prophanste Erklärung abgegeben, daß sie es unter ihrer Würde halten, mit den Arbeitern zu unterhandeln.

Die Ungleichheit des Kampfes wurde noch dadurch erhöht, daß die Behörden in rücksichtslosster Voreingenommenheit Partei ergreifen für die wirtschaftlich Stärkeren, die Unternehmern. In einem „Müßiggang der Lichterzeit“ vertritt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ eine Reihe konkreter Fälle zu veröffentlichen, in denen die direkte Ungleichheit seitens der Vorgesetzten vorliegt. In einer ganzen Reihe von Verhältnissen sind die Forderungen abgesehen bewilligt worden und es wird nun Aufgabe der Gewerkschaft sein müssen, wenigstens das nun eintretende Ertrugene zurück zu halten und sich für einen später zu führenden Kampf vorzubereiten.

Der Streik der Bergarbeiter Wiens ist nach fünfmonatlicher Dauer eingestellt, und zwar ohne Erfolg. Ueber 40 Arbeiter blieben eingesperrt. — Dagegen ist der Streik der Statutarer eingestellt beendet. Sammlische Forderungen der Arbeiter wurden auf drei Gulden pro Tag, Abschaffung der Lohnkürzung und neunfünftel Arbeitslohn durchgesetzt.

Der Bildhauerstreik dauert noch fort, aber eine große Anzahl Meister hat bewilligt. Die Unternehmern verurtheilen den Arbeitsnachweis der Gehilfen zu umgehen; indem sie durch Inerente in der Provinzpreise Arbeitskräfte heranzuziehen suchen. Die Gehilfen warnen deshalb ihre Kollegen der Provinz und des Auslandes, auf derartige Annoncen hin Arbeit zu nehmen, sondern sich nur an die Arbeitsvermittlung im Vereinslokale des Centralvereins der Bildhauer und Gießer Oesterreichs, Wien V., Schloßgasse 2, zu halten.

Die Streiks und die Frauen — zu diesem Thema äußert sich der „Vorwärts“, das Organ der Buchdruckergewerkschaften, in folgender Weise: Ein altes Sprüchwort sagt: „In der Noth erkennt man den wahren Freund“. Der Arbeiter erkennt die Liebe seiner Frau im — Streik. Für die Gattin ist der Streik eine Prüfung im vielfachen Sinne des Wortes. Sie nach ihrer Einsicht in die Lage der Arbeiterverhältnisse, je nach Empfindung für seine Mannesehre und je nach der Artung ihres Vermögens wird sie ihm im Streik entweder sympathisch zur Seite stehen oder — das Leben sehr schwer machen. Letzteres braucht nicht gerade im Ausdrucks-lauten Habere zu bestehen. Es giebt „Lieber ohne Worte“. Wohl dem, der jagen kann, daß seine Frau das Wesen und den Zweck der Arbeiterbewegung versteht und deren Folgen geduldig zu ertragen weiß. Rame es nur auf die Männer an — es würden wenige Ausnahmen erfolglos enden. Aber die Frau! Sie ist der Hauptfaktor im Streik. Und es hängt nicht immer von ihrem guten Willen ab. Es giebt viele Frauen, von denen ihre Männer rühmen: „Unter ihren Händen wächst Alles“, aus einem Gulden wollen sie zwei zu machen. Es ist eine Gabe, die nicht jeder geben ist, unter allen Umständen es so einzurichten, daß es zumangemessen ist. Die Frau ist die Hauptüberin im Streik wie in der Arbeitsperiode und im Falle der Arbeitslosigkeit des Mannes überhaupt; sie fällt schließlich die ganze Bürde; denn ihr liegt die Pflege des Heims und insbesondere der Kinder ob. Es behält daher meistens der Frau eines starken, unerschütterlichen Glaubens an den Mann und an das Vermögen, Heilsame, Nothwendige und Unabänderliche seiner Handlungsweise, um in der Ehe guten Muth und gute Laune während eines Streiks von längerer Dauer zu erhalten. Und da giebt es sich zugleich, von welchem Vortheile es ist, wenn der Mann von Anfang an die Frau seinen Ideen und Bestrebungen zugänglich macht. Nach Ausbruch eines Streiks die Frau über die Nothwendigkeit derselben belehren zu wollen — ohne daß sie je zuvor über das Wesen der Arbeiterbewegung irgendwelche Aufklärung erhalten hat — das dürfte nur in den seltensten Fällen gelingen. Die Arbeiterfrau muß in den besseren Tagen darauf vorbereitet werden, daß schlechtere Zeiten eintritten könnten; es muß ihr gelagt werden, wie und von wannen es kommt, daß der Arbeiter mitunter genöthigt ist, die Werkstatt zu verlassen, gleichbar zu seinem augenblicklichen Nachsitze, in Willigkeit aber zu seinem und zu aller Anderen dauerndem Wohlthate. Die Arbeiterbewegung der Zukunft ist auf die Sympathie der Ehefrauen angewiesen; ohne ihre Einberühmung mit dem Streik, ohne ihre Einwilligung, das Streik mittragen zu helfen, kann fürberhin kein Massenstreik gewonnen werden. Mit anderen Worten: keine rege Arbeiterbewegung ist ohne Verständniß der Frauen für dieselbe möglich.

Die sozialdemokratischen Buchdrucker Südrarceß haben sich zu einem Verein zusammengethan, der folgende Zwecke verfolgen soll: 1. Die Tagesfragen studieren und diskutieren in sozialpolitischen und ökonomischen Hinsicht. 2. Alle Arbeiter z u n p o l i t i s c h e n K a m p f a n e r n . 3. Benutzte Propagandabilien bilden, welche jedermann bereit sein sollen, für die Rechte der Arbeiter, insbesondere der Buchdrucker einzutreten. 4. Das Buchdruckerstreik fördern. 5. Eine Bibliothek gründen. 6. Die Buchdruckerstreik im Sinne von U n t e r s t a n d e m g l i c h s t u n t e r s t i t z e n , auch andere Streiks unterstützen. 7. Sich der rumänischen sozialdemokratischen Partei anschließen. Das Comité besteht aus folgenden Genossen: F. N. Sabacovic, Kaffirer; Lache Georgescu und George Etenacu, Schriftführer; und George Rucu, Bibliothekar. Wir heißen den neuen Verein willkommen in den Reihen des kämpfenden Proletariats! Wir wünschen rumänischen Arbeiter seinem Beispiele folgen, denn nur vereinte, benutzte Arbeiter werden zu einer Macht, mit welcher die Bourgeoisie rechnen muß.

Streiks in Russland. Trotz der Schwierigkeit, mit welcher der russischen Regierung unbedeutende Vorkommnisse zu uns zu übermitteln, vermag man doch nicht die Erscheinungen, welche auf die öffentliche Meinung einen größeren Eindruck machen, ganz und gar tabu zu machen. So steht sich der „Barichawski Dnewnik“ (ein offizielles Organ) gezwungen, über zwei jüngst stattgefundenen Streiks in russischen Polen zu berichten. 1. Die Arbeiter der Biegel „Gebrüder Oppenheim“ im Dorfe Schenelitz, Prusisch-Polen, forderten Lohn-erhöhung und als ihnen diese verweigert wurde, streikten sie. Um etwaigen Aufstößen vorzubeugen, wurden 8 Arbeiter, welche man als Anführer betrachtete, festgenommen und nach ihren Heimathorten auf polizeilichem Wege geschafft. Darauf soll der Streik beendet worden sein. 2. Die Arbeiter der Biegel „Goldberg“ im Dorfe Mari, Gemeinde Brundenst, wurden angewiesen, größere Biegel zu fertigen, nach der von einem Warhauer Ingenieur erfindenen Form. Da in diesem Falle die Arbeiter nicht mehr die gewöhnliche Lohnregel herstellen konnten, forderten sie Lohn-erhöhung. Die Firma kam ihrem gerechten Wunsch nicht nach und die Arbeiter zogen sich darauf ruhig zurück, blieben in ihren Häusern und stellten nicht die Arbeit ein.

Die Dockarbeiter Londons hielten kürzlich ihren vierten Jahreskongress ab. Der Präsident des Gewerksvereins, Tom Mann, hielt die Eröffnungsbrede. Er meinte, Europa machte schnelle Fortschritte mit der Bedienung der alten Cauer-teiges der sozialen Frage. In den nächsten Jahren seien tausender sich seiner Ansicht nach große wichtige Umwälzungen in dem System der Arbeit vollziehen. Der Gewerksverein der Dockarbeiter besitzt ein Baarvermögen von £ 4387. Sein sonstiges Eigentum ist £ 1000 werth.

Statistik der englischen Gewerksvereine im Jahre 1892. In der Nummer der vom englischen Handelsministerium herausgegebenen „Labour Gazette“ wird

der summarische Bericht über die Statistik der englischen Gewerbetreibenden für 1892 veröffentlicht. An der Statistik beteiligten sich 599 Gewerbetreibende, unter denen sich 117 nicht eingetragene befanden. 105 besaßen Zweigbetriebe in der Gesamtzahl von 7808, einige in den Kolonien, eine geringe Zahl im Ausland. Die Mitgliederzahl von 684 Gewerbetreibenden — 5 hatten keine Angaben gemacht — betrug nicht weniger als 1287887; ihr Gesamt-Einkommen belief sich auf £ 1790849 und ihre Ausgabe auf £ 1765286, das angekauftete Vermögen im Besitz der Vereine auf £ 1841448, 298 Gewerbetreibende mit einem Mitgliederstande von 745648 gabten an Arbeitslosenunterstützung £ 286978. 208 Gewerbetreibende mit 1108641 Mitgliedern an Arbeitslosenunterstützung £ 467201, 198 mit 585389 Mitgliedern an Krankengeld £ 214618 und 88 Gewerbetreibende an verunglückte Mitglieder £ 17984. Weiter gaben 74 Vereine mit 483004 Mitgliedern £ 106562 an Altersrenten und 317 mit 894674 Mitgliedern an Begräbnisgeldern £ 83879. Endlich gaben 208 Gewerbetreibende mit 1108641 Mitgliedern £ 187894 an Beihilfen anderer Art. Für Verwaltungskosten und verschiedene Ausgaben wendeten 590 Vereine £ 847728 auf. Zum Vergleich mit 1891 konnten nur 381 Gewerbetreibende herangezogen werden, die damals berichtet hatten. Diese vermehrten ihren Mitgliederstand um 32161 oder über 3 pSt. und ihre Einnahmen um £ 296686, d. h. nicht weniger als 21,8 pSt. Ihre Ausgabe belief sich auf £ 505894, d. h. 44 pSt. mehr als im Vorjahr, wovon der Hauptteil auf die Unterhaltung der Arbeitslosen und Ausständigen mit einem Plus von £ 280306 entfiel. Somit zeigten nur die Altersrenten (um £ 7000) und die anderen Unterstellungen (auf £ 50000) eine Zunahme. Ein Ganzer ist das jedenfalls ein sehr erfreuliches Bild der Entwicklung.

Streiks in Ägypten und China. Aus Kairo, 28. Mai.

Das große Ereignis der vergangenen Woche war der Ausstand in Port Said. Seit dem 24. Mai befanden sich alle arabischen Kohlenträger der Konstantin und mit ihnen das gesamte Arbeitervolk im Aufstand. Den Anstoß gaben die einheimischen Schiffsleute, die ihren Lohn und wöchentlichen Gehalts nicht einen Teil des sauer genug verdienten Lohnes vorantreiben hatten und die von ihnen Abhängigen außerdem durch Verweigerung von kleinen Kaufstücken zu überforderten suchten. Der Kohlenträger sah sich so mit einem wahren Hungerlohn begesst und außerdem der Gefahr eines einflussreichen Kaufmanns und dessen hohen Anprüden preisgegeben. Viele Hunderte von Docksarbeitern, denen die Arbeit von Arabisch Port Said angeschlossen, empörten sich und verlangten die Unternehmungen, ihnen unterstellt zu werden. Endlich wurde am Sonntag der entscheidende Ausstand bezeugt, nachdem in einer Reihe von Zusammenkünften einige Dutzend Leute mehr oder weniger schwer verwundet worden waren. In wiederholten Märschen hielten die wenig zahlreicheren Arbeiter zu Revolver und Säbel greifen müssen, hatten aber nicht das Gouvernementsgebäude und die Geschäftskäufer vor Angriff und theilweiser Zerstörung schützen können. Sozialistische Arbeiter trafen sich hinter Schloß und Regler; erregt haben die Anständigen nur das Beispiel der Arbeiter, daß ihr überleben den befristeten Gehalts besser auf die Finger gesehen und ihnen die Eröffnung von Magazinen und Cafés nicht gestattet werden soll. Doch sind es auch fernere, welche die Arbeiter einfließen und für sie verantwortlich sind und die das Recht haben, neben ihrer Verdienste 6 Prozent des von dem Firmem bezahlten Lohnes für sich zu ergötzen. Im Allgemeinen arbeitet der Arbeiter zu außerordentlich billigen Preisen, von 70 A an aufwärts, kann aber auch bei seiner Lebensweise mit sehr wenig auskommen. Zehnjährer erhalten ein Pfund monatlich, Kinder von zwei Pfund an, dabei nur geselliglich, aber nicht in allen Stellen, Naturallohn, Post-, Eisenbahn- und Telegraphenarbeiter haben Anspruch auf drei Pfund. Dagegen sind die Gehälter der Engländer riesig hoch und übertraffen natürlich noch die in Mutterlande bezahlten.

Es kennzeichnet das patriarchalische Regiment im „Reiche der Mitte“, wenn dem „Standard“ aus Shanghai gemeldet wird, daß bei Ausbruch eines Ausstandes der Arbeiter, wegen ungenügender Löhnung, ein Streik erlassen wurde, nach welchem die Arbeiter mit Verbannung und die Abständlichen mit dem Tode bedroht werden. Die Arbeit ist darauf sofort wieder aufgenommen worden.

Da mögen gewisse Leute seufzen: „Wie schade, daß man nicht auch in Deutschland die unbotmäßigen Arbeiter so zur Aktion bringen kann.“

Aus der Schweiz.

Bürich, 6. Juni.

Die sozialen Kämpfe zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern sind die besten Prüfsteine für die Echtheit der sozialdemokratischen Gesinnung und Handlungsweise. Sie klären die Lage, wie ein Gewitter die Luft klärt. Sie zeigen die Haltung der Presse, der Behörden, der Polizei und der Arbeiterfreunde im hellsten Lichte und lehren den Arbeiter eindrucksvoll den schreienden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, Ausbeutern und Ausgebeuteten. Nicht nur die Bürgerliche, nein, die ganze schweizerische Arbeiterchaft kann und wird viel aus diesen sozialen Kämpfen lernen. Sie wird lernen, daß sie ihre Organisation stärken, ihre Presse besser verbreiten und ihren politischen Einfluss vermehren muß.

Die letzten Ereignisse sind äußerst interessant und lehrreich. Letzten Donnerstag hielt der Büricher Schreinermeisterverein in Versammlung ab. Es handelte sich um die Frage: Ob die Herren Meister mit den Vertretern der Arbeiter in Unterhandlungen eintreten und über ihren Beschluß, keinen Streik mehr anzustellen, ganz oder theilweise abweisen sollen. Die Arbeiter hatten durch Stadtpräsident Bekalozzi eine Vermittelung verlangt, der Vorstand des Schreinermeistervereins hatte aber jede Unterhandlung rundweg abgelehnt und erklärt:

„Die streikenden Arbeiter sind endgültig entlassen; sie sind für den Meisterverein absolut fremde Leute, mit denen nicht zu unterhandeln ist.“

Später hatten die Genossen Keel, Bang und Seidel im Namen der Arbeiterunion Vorstellungen beim Stadtpräsidenten wegen des parteiischen Vorgehens der Polizei gemacht und dieser hatte in kantenwerthiger Weise die Meister nochmals zu einer Vermittelung eingeladen. Mit der Belanung dieser Vorgänge wurde die Arbeiterversammlung von Herrn Freytag eröffnet. Und was beschloß sie?

Jede Unterhandlung mit den Arbeitern abzulehnen und ihnen in keiner Weise entgegenzukommen, selbst wenn sie sich auf Gnade und Ungnade ergeben hätten. Klaffender kann das Despotentum und die Stiberei im sozialen Leben sich nicht äußern. Der Meister befehlt, der Arbeiter hat zu gehorchen, hat sich zu unterwerfen. D Schändung der Demokratie! D Herabwürdigung der Freiheit!

Die Arbeiter wünschen wiederholt Unterhandlung, die Meister erklären: Eure Streikkommission, Eure Vereine, Euer Bundescomité, nichts erkennen wir an. Ihr seid entlassen, unterwerft Euch!

Neben dieser Sprache gegen die Arbeiter führen die Herren eine ähnliche Sprache gegen die Behörden. Und die Behörden folgen, wie vor einem Jahre die Berner Behörden, dem Einwohnerverein.

Interessant ist die Mittelstellung in der Meisterversammlung, daß bei der Polizei nur eine einzige Klage gegen die Arbeiter eingeleitet sei. Trotzdem wird im größten Theil der Schweizerpresse geschrieben, als ob die Streiker nur Mörder und Räuber seien.

Die Frömmigkeit fehlte nicht in der Meisterversammlung. Ingenieur Suter, Präsident der frommen Sozialliga, machte die Anregung, gegen die Streiker eine Einschüßungsklage wegen Abhaltung der Streikbrecher anzuhängen. Die Anregung wurde dem Vorstand überreicht.

Außerordentlich wichtig war die Mittelstellung, daß die katholischen Büßvereine um Zuweisung von Arbeitern angegangen worden sind, daß aber diese Arbeiter, die nach den Worten des Präsidenten zu den ordentlichsten und selbstbesten gehören sollen, es abgelehnt haben, nach Paris zu kommen, so lange die Streikbewegung andauert.

Also die Meister fragen nach dem Glauben der Arbeiter so wenig wie nach der Nationalität, wenn die Arbeiter ihnen nur willig, billig und wie Sklaven dienen. Die katholischen Arbeiter aber haben sich nicht zu Verräthern an ihren Genossen hergegeben. Bravo!

Aus Oesterreich.

Wien, Anfang Juni.

Raum glaublich ist, in welsch unerhöht naiven Anschauungen sich unsere Kunstmänner bewegen. Eins ihrer Organe, die „Oesterreichische Gewerbetzeitung“, scheint es darauf abgesehen zu haben, diese Kavalerei auf das höchste Maß zu steigern. Sie schreibt:

„Das unser Kaiser dem Kleingewerbe eine große Sorgfalt zuwendet, ist ja bekannt, die Tyronen legen dafür Zeugnis ab.“

In letzter Zeit aber wendet Seine Majestät dem Kleingewerbe eine ganz besondere Aufmerksamkeit zu. Bei jeder Gelegenheit, bei Grundsteinlegungen zu öffentlichen Bauten, nach Vollendung derselben, bei Ausstellungen u. dgl. erkundigt der Kaiser sich eingehend um die Verhältnisse der betreffenden Gewerbe, giebt dabei Hoffnungen, spendet Trost oder Hilfe. Kurzum, unser Kaiser interessiert sich jetzt besonders für das Kleingewerbe.“

So hat Seine Majestät vorige Woche die Ausstellung der genossenschaftlichen Uniformhersteller der Wiener Kleidermacher und die Ausstellung des Kunst für Wohnungseinrichtungen mit seinem Besuche ausgezeichnet.

Die Ausstellung der Kleidermacher hat dem Kaiser gezeigt, daß die Wiener Uniformhersteller etwas leisten können. Seine Majestät hat dies auch anerkannt und die Uniformhersteller beglückwünscht. Eine Folge davon war, daß auch Feldmarschall Erzherzog Albrecht und andere Erzherzoge die Ausstellung mit ihrem Besuche besuchten.

Erzherzog Albrecht sprach sogar den Wunsch und die Hoffnung aus, daß das Kleingewerbe bei der Vergabung der Armeelieferungen mehr berücksichtigt werden würde.

Wenn Besuche der Abdeklarstellung besuchte der Kaiser jeden Aussteller mit einer Ansprache, wobei Seine Majestät sich genau um die Verhältnisse der Kleingewerbe erkundigte. Sogar über den Streik der Tischlergeschäften ließ sich der Kaiser genau informieren.

Wir lassen alle diese Thatsachen als ein gutes Zeichen auf, und werden wie uns kaum irren, wenn wir annehmen, daß das Wohlwollen des Kaisers für's Kleingewerbe diesem eine bessere Zukunft verspricht.

Es ist ja recht schön von unserem Kaiser, daß er alles Das thut, — wie's übrigens die Gelegenheit mit sich bringt. Die Großindustrie hat sich ganz derselben Aufmerksamkeit von seiner Seite zu erfreuen, — immer, wie's die Gelegenheit mit sich bringt!

Aber daß Menschen, die auf ökonomisches und sozialpolitisches Verständnis Anspruch erheben, an das Wohlwollen des Kaisers für's Kleingewerbe die Hoffnung knüpfen, es werde mit Hilfe des Kaisers der Büßerei gelingen, ihre sogenannten „berechtigten Bestrebungen“ zu verwirklichen, — das sollte man denn doch selber für unmöglich halten. Aber es ist so, — es giebt solche große Kinder genug. Sie stellen sich den Kaiser vor, als Inbegriff einer Macht, die willkürlich Alles befehlen kann, was sie wünschen. Und doch steht er genau so unter der Einwirkung der ökonomischen Verhältnisse und der Entwicklung auf ökonomischen Gebiete genau so ohnmächtig, wie jeder andere Mensch. Die Verhältnisse entscheiden und nicht die Menschen, und nicht die, die auf der Menschheit sitzen wandeln.“ Ihr „Wohlwollen“ kann das Handwerk nicht retten, ganz abgesehen davon, daß ihre politische Macht durchaus abhängig ist vom Kapitalismus.

Dasselbe zünftlerische Blat schreibt über „Arbeiterhaftigkeit“ Folgendes:

„Es wird gewiß jeder Gemeinmann mit uns übereinstimmen, wenn wir sagen, daß jeder Arbeiter das Recht hat, die Verbesserung seiner Lage anzustreben. Wie er dies thun will, ist allerdings seine Sache. Sowie dies wahr ist, ist aber auch das richtig, daß der Arbeiter nicht nur seine persönlichen, sondern auch die Interessen des Gewerbes im Auge haben muß, wenn er sich wirklich helfen, resp. seine Lage verbessern will.“

„Dieser wichtige Umstand wird leider von den sozialdemokratischen geistlichen Arbeitern außer Acht gelassen, man will von jeder Seite durchaus nicht abgeben, daß die Interessen der Arbeiter mit jenen der Meister identisch sind, wenigstens insoweit es das Gewerbe als solches betrifft. Diese Thatsache ist ein großer Mangel, den die Arbeiter bei ihren Kalkulationen mit den Streiks regelmäßig machen.“

„Einen zweiten Fehler begehen die Streikenden auch damit, daß sie alle jene, welche sich dem Streik nicht anschließen wollen, mit Gewalt dazu zwingen.“

Die Leser des „Grundstein“ mögen hieraus ersehen, daß die zünftlerische Presse Oesterreichs der in Deutschland durchaus nicht nachsieht, in töblicher Auffassung. Wer heute noch im Ernste von einer „Harmonie“ zwischen Arbeiterchaft und Unternehmern sprechen kann, der ist nicht ernst zu nehmen. Denn wer diese „Harmonie“, die nicht existirt, geltend macht, der spricht damit den Arbeitern das Recht ab, für die Verbesserung ihrer Lage in einen Kampf gegen das Unternehmertum einzutreten. Das ist ganz klar: Es ist erklären die Unternehmer, Forderungen der Arbeiter nicht bewilligen zu können; immer behaupten sie, die Arbeiter hätten „keinen Grund zur Unzufriedenheit“; niemals geben sie zu, daß die Lage der Arbeiter aufbesserungsbedürftig sei. Die „Harmonie“, die sie meinen, könnte nur dann existiren, wenn die Arbeiter in Schachdemuth, ohne zu mühen, der kapitalistischen Willkür sich unterwerfen. Eine andere „Harmonie“, als die solcher Schachdemuth und solcher Willkür ist nicht denkbar. Diese beiden vertragen sich miteinander, das Recht der Arbeit aber vertritt sich mit dem Privileg des Kapitalismus nun und nimmermehr!

Situationsberichte.

Maurer.

Der Junge ist fernzuhalten von Oesterreich, Freiburg i. Br., Schwab a. D. und Danzig. Schlesien. In der am 5. d. M. stattgefundenen Mitgliederversammlung der hiesigen Baufelle ließ sich zunächst ein Kollege als Mitglied aufnehmen. Auf Anregung des Kollegen Marquardt wurden beschloffen, den Bevollmächtigten zu beauftragen, ein Verzeichnis anzulegen, in welches alle aus dem Verband ausgeschlossenen Mitglieder eingetragen werden. Einige Beschwerden wegen Nichtzahlung des „Grundstein“ fanden alsdann ihre Erledigung. Bezüglich des „Böhmischen“ entspann sich eine längere Debatte, in welcher der Ansicht eines Kollegen, ein solcher habe für Schlesien keinen Zweck, sogar entgegengetreten und die Erwartung ausgesprochen wurde, daß bald alle Verbandsmitglieder in Besitz eines Passes gesetzt würden. Ein Antrag des Kollegen Marquardt auf Abhaltung eines Sommervergnügens, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Sodann gab Provermann bekannt, daß in Anlaß einer Aeußerung des Wirtes Dorn, Inhaber des „Böhmischen“, die am Freitag stattgefundenen öffentliche Versammlung in einer Resolution ihre Meinung dahin ausgesprochen habe, nur in solchen Fällen zu vertheuern, in denen die Arbeiter mit Fremden aufgenommen würden. Wie verlautet, soll der Wirt von der Wirtschaftsbehörde beauftragt sein, Kamerad Fahn sprach den Wunsch aus, man möge die hier zugezogenen aber mit ihren Beiträgen rückständigen Mitglieder etwas stärker als bisher an ihre Pflicht des Bezahleus erinnern, und folgte hierauf Schluß der Versammlung am 10. Uhr.

Nordenham. Am Sonntag, den 8. Juni, fand im Lokale des Herrn Wieting die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Baufelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Nachdem die Beiträge erhoben, wurden als Mitglieder aufgenommen Aug. Naber und Geinr. Rosenbrock. Als dann die Mitgliederzahl festgestellt wurde, wurde Kollege Rose als zweiter Revisor gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde bekannt gegeben, daß die Lohnfortschritte nunmehr beigelegt sind. Hieraus wurde die Versammlung geschlossen.

Rehe. Am Dienstag, den 5. Juni, Abends 8 Uhr, fand im Lokale des Herrn Vange die regelmäßige Mitgliederversammlung der hiesigen Baufelle des Centralverbandes der Maurer Deutschlands statt. Der erste Punkt der Tagesordnung fand schnelle Erledigung. Da sich nur drei Mitglieder aufnehmen ließen. Zum zweiten Punkt „Gewerkschaft“ legte Kollege Simon den Kollegen Kar, aus welschen Gründen das Gewerkschaftsrecht gestrichelt wurde. Die Versammlung beschloß, das Gewerkschaftsrecht am 24. Juni in demselben Sinne mitzutheilen. Auf Antrag des Kollegen Hubert wurde beschloffen, ein eigenes Musikcorps zu engagieren; ferner wurde beigelegt, daß jedes Mitglied 60 A Beitragzahlung dafür zahlen soll. Es wurde dann beschloffen, zwei Mann zu wählen, die das Geld einzufahren sollen; es wurden die Kollegen Hubert und Treffel gewählt. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde der Antrag gestellt, Protokolle von dem Verbandstages anzuschaffen. Die Versammlung forderte den Bevollmächtigten auf, in kurzer Zeit Protokolle anzuschaffen. Kollege Nordmann stellte den Antrag, zur nächsten Versammlung „Anschaffung einer neuen Fahne“ auf die Tagesordnung zu setzen, was auch von der Versammlung beschloffen wurde. Von verschiedenen Kollegen wurde noch der Antrag gestellt, zwei Thürontourneure zu wählen. Es wurden die Kollegen Hubert und Nordmann gewählt. Im Schluß forderte der Bevollmächtigte sämtliche Verbandskollegen auf, in nächster Versammlung wegen Wichtigkeit der Tagesordnung pünktlich zu erscheinen. Jedes Mitglied ist verpflichtet, sein Mitgliedsbuch vorzulegen. Hieraus wurde vom Bevollmächtigten die Versammlung geschlossen.

Bremen. Am 6. Juni fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des Centralverbandes der Maurer Deutschlands, Baufelle Bremen, statt. Zunächst wurde der Kollege Kamrath an Stelle Busch zum Arbeitsnachweis gewählt. Im „Verschiedenes“ wurde von Kamrath die Anfrage, daß die Baufelle des Zimmerverbandes in Brinrum am 17. Juni ihr erstes Stiftungsfest abhält, ob nicht die Versammlung gewillt sei, dieses mit zu unterstützen. Zelle berichtet: Da die Kollegen in Brinrum so schwach vertreten sind, so haben sich die Maurer und Zimmerer zusammen eine Baufelle des Zimmerverbandes gegründet. Verschiedene dieser Kollegen, die hier in der Stadt arbeiten, hätten sich beschwert, daß sie von Verbandsmitgliedern wegen ihrer Zugehörigkeit zum Zimmerverbande ausgelesen seien. Er möchte daher jedem Kollegen an's Herz legen, dies zu unterlassen. Duffe bemerkt noch, daß diese Angelegenheit recht deutlich zeige, daß es besser sei, wenn die ganzen Gewerkschaften im Ganzen zu einem Verbande zusammengeschlossen würden; vor allen Dingen müsse ein einheitliches Blat geschaffen werden. Redner fordert daher die Versammlung auf, sich recht zahlreich an dem Stiftungsfest in Brinrum zu beteiligen, da es hauptsächlich eine Agitationsreise sein soll, um noch mehr Kollegen aus der Umgegend heranzuziehen. Ferner wurde vom Bevollmächtigten noch an die Mitglieder das Ersuchen gerichtet, die Statistikblätter richtig

